



Rebellieren gegen die Fusion: Das SWR Sinfonieorchester Baden-Baden und Freiburg. Foto: Marco Borggreve

[Pulsschlag – Wie eine Region tickt](#)

Die musikalische Baden-Frage

Wieder viel Post für Peter Boudgoust. 31 000 Unterschriften stapeln sich seit vergangener Woche in seinem Büro. Alle gegen die geplante Fusion der Sinfonieorchester Freiburg und Baden-Baden mit dem Stuttgarter Radio-Sinfonieorchester. Aber der Intendant des Südwestrundfunks (SWR) bleibt eisern.

Peter Boudgoust reagiert schnell, wenn er sich angegriffen fühlt. Kaum war die Anzeige mit dem Titel "Das SWR Sinfonieorchester Baden-Baden und Freiburg erhalten! Kulturverlust für Baden vermeiden!" in den Stuttgarter Blättern (19. März) erschienen, hatten die Unterzeichner – 41 badische Landtags- und Bundestagsabgeordnete – schon ein Schreiben des SWR-Intendanten in ihrem Briefkasten. Darin konstatiert Boudgoust, dass sich die Finanzlage des SWR nochmals verschlechtert habe, schwärmt von den Vorbereitungen für das 2016 geplante Fusionsorchester ("Hier wollen wir neue Maßstäbe setzen") und wirbt für Unterstützung.



Seine Orchesterfusion scheint immer fragwürdiger:
SWR-Intendant Peter Boudgoust. Foto: Martin Storz

Die kann der SWR-Intendant gut gebrauchen, denn die von ihm 2012 durchgepeitschte Fusion erscheint immer fragwürdiger. Der Grund: Aus den erwarteten Mindereinnahmen, mit denen Boudgoust die Zusammenlegung einst begründete, sind Mehreinkünfte von 1,145 Milliarden Euro für den Zeitraum von 2013 bis 2016 geworden. Dies entzieht der damaligen Argumentation die Basis.

Nicht für Boudgoust. Er schreibt, dass der SWR bis 2016 nichts von diesem Geld bekomme, weil es zum einen über eine Beitragssenkung um 48 Cent ab 2015 wieder an die Gebührenzahler zurückgegeben, zum anderen zur Bildung einer Rücklage zurückgehalten werden müsse. Der Intendant verschweigt allerdings, dass der SWR für die kommende Beitragsperiode 2017 bis 2020 bei der KEF (Kommission zur Ermittlung des Finanzbedarfs der Rundfunkanstalten) einen neuen, erhöhten Bedarf anmelden kann, um beispielsweise zusätzliches Geld für die Finanzierung der Klangkörper zu beantragen. Er könnte sich dabei auf den neuen SWR-Staatsvertrag berufen, der vom Sender "Beiträge insbesondere zur Kultur" verlangt.

Der Fachmann staunt: Aus zwei mach eins, und das spitzenmäßig

Sparen würde der SWR mit der Fusion ohnehin erst ab 2016, wenn das neue Orchester seine schwere Geburt erleben soll. Geplant ist ein finanziell gut ausgestattetes Sinfonieorchester mit Sitz in Stuttgart. Es soll eine "große Bandbreite der Interpretation pflegen", einen Schwerpunkt auf Neue Musik setzen und in ein, zwei Jahren "an der Spitze" ankommen, wie Johannes Bultmann, der neu engagierte SWR-Gesamtleiter für Klangkörper und Festivals, beim Amtsantritt versprach. Erstaunlich, dass Bultmann überzeugt ist, aus zwei sehr guten, annähernd gleich großen Orchestern in kurzer Zeit ein noch Besseres machen zu können. "Wir kennen kein Orchester von Rang, das seinen Ursprung in einer Fusion hat", schrieb etwa Simon Rattle, Chefdirigent der Berliner Philharmoniker, an Boudgoust.

Ein Profil des geplanten Fusionsorchesters ist nicht zu erkennen. Die anvisierte Zahl von 90 Konzerten pro Saison, die dem Rundfunkrat vorgelegt wurde, würde sich eher auf 70 einpendeln, anstatt der rund 130, die von beiden Orchestern gegenwärtig pro Saison gespielt werden. Von diesen 70 sind bereits rund 40 durch die Abonnementreihen in Stuttgart und Freiburg sowie die garantierten Auftritte bei den Donaueschinger Musiktagen und den Schwetzingen Festspielen belegt. Da blieben nur noch ungefähr 30 Konzerte im Jahr übrig, um sich international zu präsentieren, im Sendegebiet Präsenz zu zeigen und Jugendprojekte anzubieten. Ein viele Jahre lang aufgeblähtes, atmosphärisch belastetes Orchester, das kaum Konzertreisen machen könnte und in seiner Heimat fast nur noch in Stuttgart und Freiburg zu hören sein würde – das ist weder künstlerisch überzeugend noch politisch vermittelbar.

Während der Vorstand des Radio-Sinfonieorchesters Stuttgart sich bald mit der geplanten Auflösung seines Orchesters abfand und bereits im Januar 2012 eine Vollfusion vorschlug, formierte sich beim SWR Sinfonieorchester Baden-Baden und Freiburg starker Widerstand. 160 Dirigenten und 148 Komponisten forderten in offenen Briefen eine Rücknahme der Fusion. Rund 31 000 Unterschriften von Fusionsgegnern wurden bei der jüngsten Rundfunkratssitzung am 21. März 2014 in Stuttgart übergeben. Im Februar 2014 rief der Landtagsausschuss für Wissenschaft, Forschung und Kunst den SWR dazu auf, er solle "Modelle prüfen und entwickeln, die alternativ zur geplanten Fusion der beiden Sinfonieorchester des Senders geeignet sind, den Weiterbestand der beiden Klangkörper als eigenständige Einrichtungen zu ermöglichen". Dass der angesprochene Intendant sich nur wenige Stunden danach in einer Stellungnahme dagegen verwahrte und sich dabei auf die "grundgesetzlich garantierte Rundfunkfreiheit" und die Mehrheitsbeschlüsse seiner Gremien berief, passt ins Bild.

Die kritischen Stimmen verstummen im SWR-Programm

In der Diskussion scheinen die Verantwortlichen auch aus den Augen zu verlieren, dass der öffentlich-rechtliche Rundfunk besonderen Regeln unterliegt. Laut Staatsvertrag haben die Anstalten "die Grundsätze der Objektivität und Unparteilichkeit der Berichterstattung, die Meinungsvielfalt sowie die Ausgewogenheit ihrer Angebote zu berücksichtigen". Bei der SWR-Berichterstattung über die Orchesterfusion fällt auf, dass kritische Stimmen dazu sehr spärlich sind. Wenn überhaupt. Der Widerstand gegen die Fusion, der nicht nur die gesamte Region bewegt, sondern sich auch national und international artikuliert, wird vom Sender kaum in seinen Programmen wiederspiegelt. Intern ist zu hören, es gebe entsprechende Vorgaben, sich dem Arbeitgeber gegenüber loyal zu verhalten. Die Anfrage, ob innerhalb des Senders diesbezügliche Direktiven existierten, weist der Südwestrundfunk energisch zurück: "Selbstverständlich nicht. Das widerspräche diametral dem öffentlich-rechtlichen Selbstverständnis. Hier entscheiden die Redaktionen allein nach journalistischen Kriterien", so Unternehmenssprecher Wolfgang Utz.



Hatte sich recht schnell mit den Fusionsplänen abgefunden: das Radio-Sinfonieorchester Stuttgart.
Foto: SWR/Thomas Müller

Wenig zu hören ist auch von der grün-roten Landesregierung, deren Vertreter den fragwürdigen Fusionsbeschluss des SWR in dessen Gremien mitgetragen haben. Das stößt insbesondere im badischen Landesteil sauer auf, weil man sich dort benachteiligt sieht: In der

Landeshauptstadt Stuttgart werden sich ab 2016, wie bereits jetzt, drei A-Orchester drängen, in Freiburg aber wird das einzige A-Orchester abgezogen. Verstärkt wird diese Entwicklung durch die Schieflage bei der Musikförderung. Die Unterstützung musikalischer Einrichtungen liegt in Württemberg mit 1,65 Euro pro Einwohner gegenüber 0,83 Euro in Baden doppelt so hoch.

Dass der Beschluss der Orchesterfusion auch ein politischer war, zeigt ein Blick in das Protokoll der Rundfunkratssitzung vom 29. Juni 2012. Der damalige SWR-Verwaltungsdirektor Viktor von Oertzen hatte für die Mitglieder folgenden Hinweis: "Der Vorsitzende der Rundfunkkommission, der Ministerpräsident von Rheinland-Pfalz, habe noch im Januar gefordert, die Zahl der Rundfunkorchester zu reduzieren. Auch andere Politiker verlangten Ähnliches. Reagiere der SWR auf solche Aussagen nicht, sehe die Politik wohl keinen Anlass, den öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten zusätzliche Finanzmittel zur Verfügung zu stellen."

Kurt Beck: Ohne Fusionen weniger Geld vom Staat

Der Freiburger Kabarettist Matthias Deutschmann, der in seinem in der Badischen Zeitung erschienenen Beitrag "Der eiserne Boudgoust" das brisante Zitat aus dem Protokoll veröffentlichte, kommentierte den Vorgang scharf: "Im Klartext: Löst das SWR Sinfonieorchester auf, dann gibt es mehr Geld für Katzenberger & Co. Der Impuls zur Abwicklung des SWR Sinfonieorchesters kam also aus Rheinland-Pfalz, und zwar vom damaligen Ministerpräsidenten, König Kurt Beck, der seinerzeit den Vorsitz in der Rundfunkkommission innehatte. Boudgoust exekutiert das, was der Politiker Beck verlangte." Mit Katzenberger meint Deutschmann die schrille Blondine, die der SWR für eine Krimikomödie eingekauft hat.

Erst jüngst wurde Ministerpräsident Winfried Kretschmann auf der Frankfurter Musikmesse der Antipreis "Musik-Gordi" in Form einer verknoteten Blockflöte verliehen. Als Mitverantwortlichem für "wesentliche kulturpolitische Missstände und Fehlentscheidungen". Doch noch kann der gordische Knoten durchschlagen werden. Dafür müsste der bedächtige Landesvater, der eine Politik des Zuhörens versprochen hatte, nur die Ohren spitzen.

Von: Georg Rudiger